

Wohnbebauung auf Friedhofserweiterung

Die Missionsschwestern planen jedoch eine große Gemeinschaftsgrabfläche.

■ **Paderborn-Neuenbeken** (hko). Eine mögliche Nutzung der Erweiterungsfläche des Neuenbekener Friedhofs für Wohnbebauung muss zunächst mit einer anderen Planung abgestimmt werden. Dies sagte Michael Kriesten, stellvertretender Amtsleiter des Amtes für Umweltschutz und Grünflächen, im Stadtwirtschaftsausschuss des Stadtrats. Die CDU-Fraktion hatte eine entsprechende Anfrage gestellt.

Angesichts der zunehmenden Urnenbestattungen scheint es für die CDU derzeit ausgeschlossen, dass die oberhalb

des Friedhofs an der Meierbreite zur Ortwehrstraße hin liegende Freifläche als Erweiterung für den Friedhof jemals noch in Betracht komme. Daher sei eine andere Nutzung möglich.

Wie Kriesten sagte, möchten die Missionsschwestern vom Kostbaren Blut eine große Gemeinschaftsgrabfläche errichten. Außerdem würden Flächen für Baum- oder Friedgartengräber benötigt. Das Grünflächenamt müsse hier erst einmal in die Planung einsteigen. Dann könne geschaut werden, ob noch Platz für andere Nutzungen sei.

Protest-Korso gegen Ampelregierung

Es kann zeitweise zu Verkehrsbehinderungen kommen.

Jennifer Retslav

■ **Paderborn.** Ein Auto-Korso wird am Samstag, 27. Januar, als Protestaktion vom Autohof Mönkeloh aus zwei Stunden lang durch die Stadt bis zum Maspornplatz fahren. Die Polizei rechnet bei der Veranstaltung unter dem Namen „Die Ampel muss weg“ mit einer Teilnehmerzahl von 100 bis 500 Personen, die sich um 12 Uhr am Autohof treffen werden und von dort aus gemeinsam losfahren.

Die für die Fahrt angemeldete Route verläuft vom Autohof über die Borchener Straße Richtung Paderborn. Am Frankfurter Weg biegt der Corso ab und fährt über die Bahnhofsstraße und die Rathenaustraße weiter durch das Rieckeviertel. Über die Neuhäu-

ser Straße fährt der Corso dann ein kurzes Stück über den Paderwall in Richtung Südstadt. Der Corso fährt weiter den äußeren Ring über Borchener Straße, Südring und Berliner Ring bis zur Detmolder Straße hoch und fährt von dort auf den inneren Ring der Paderborner Innenstadt. Nach einer Runde im Uhrzeigersinn auf dem Paderwall endet der Corso am Maspornplatz.

Aufgrund der Protestaktion sperrt die Polizei zeitweise Streckenabschnitte auf der Route, damit die Teilnehmer passieren können. Deshalb kann es auf der genannten Strecke zu Verkehrsbehinderungen kommen. Der Corso wird gegen 14 Uhr auf dem Maspornplatz erwartet, wo noch eine abschließende Kundgebung erfolgen wird.

Modehaus Sittig öffnet zum letzten Mal

Damit geht ein Kapitel Unternehmensgeschichte in Paderborn vorerst zu Ende.

Rajkumar Mukherjee

■ **Paderborn.** Nun ist es so weit: Zum letzten Mal öffnet das Modehaus Sittig in diesem Samstag, 27. Januar. Mit „Wehmut, aber auch mit Dankbarkeit“ blickt Mitinhaber und Geschäftsführer Hermann Sittig (73) im Namen der Familie und des Teams der Mitarbeiterinnen auf die vergangenen Jahrzehnte.

Aber noch wird es einen Verkaufstag geben, und an diesem Tag will das gesamte Team mit ebensolchem Engagement beraten, wie an allen anderen Tagen. Das ist auch am Frei-

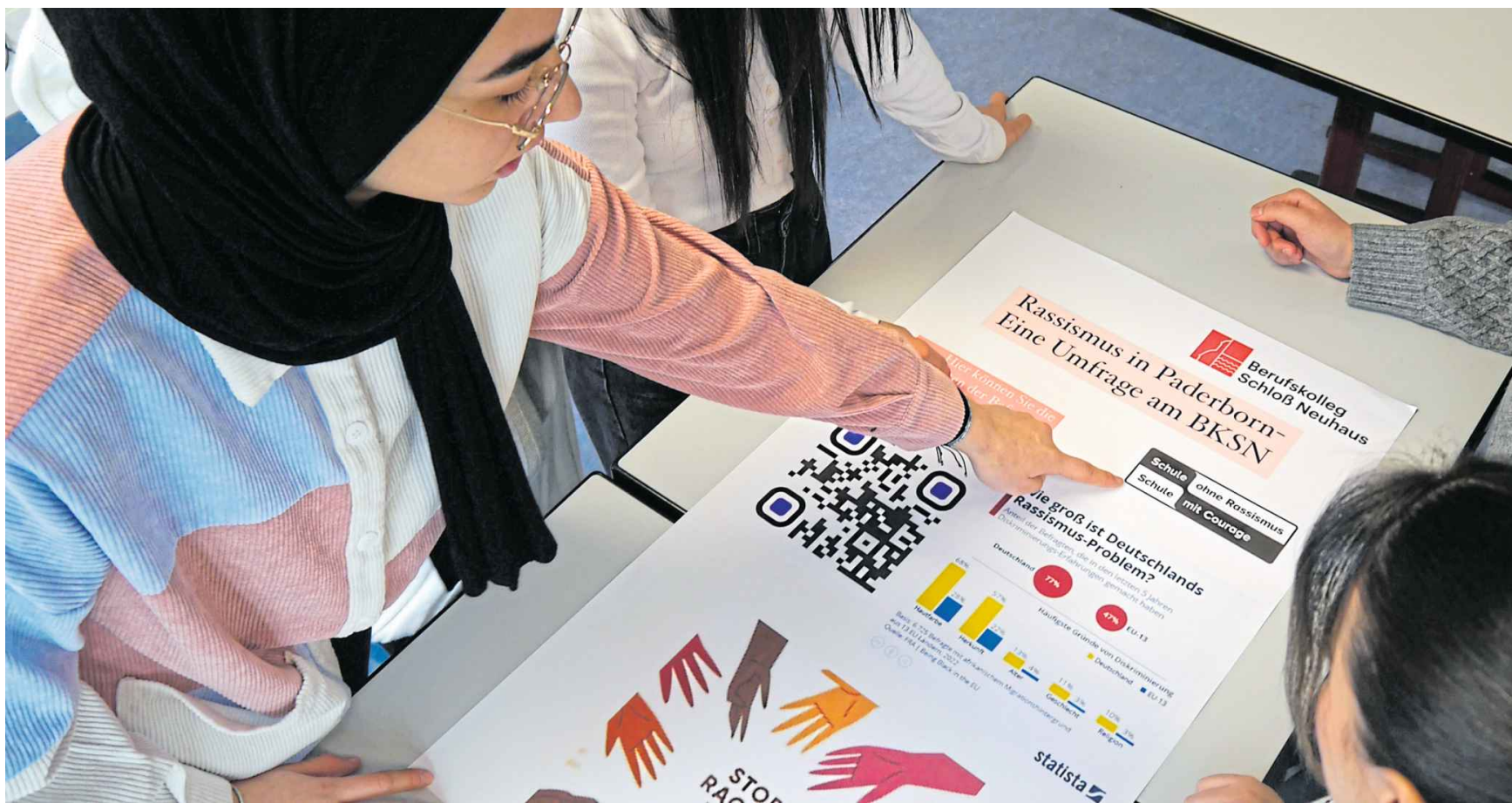
tag zu spüren gewesen. Hier und da haben die Verkäuferinnen geschaut, welchen Kundinnen sie helfen können.

Bis 18 Uhr am Samstag wird das Modehaus Sittig in der Westernstraße geöffnet sein, dann schließt das Team für immer diese Türen.

Unterdessen erhält Familie Sittig viele herzliche Abschiedsgrüße, sind zuletzt Kundinnen beispielsweise aus Köln zum letzten Einkauf gekommen. „Und über die Begegnungen und Gespräche und über den Dank freuen wir uns sehr. Das alles tut gut“, sagt Hermann Sittig.



Mit „Wehmut, aber auch Dankbarkeit“ blickt Mitinhaber Hermann Sittig (73) auf die Jahrzehnte. Foto: Rajkumar Mukherjee



Diverse Projekte wurden in der Woche durchgeführt. Unter anderem auch eine Umfrage am BKS.

Fotos: Jule Barmwater

Wie Schüler über Rassismus denken

Am Berufskolleg Schloß Neuhaus fand nun eine Projektwoche gegen Rassismus und für Zivilcourage statt. Für die bunt gemischte Schülerschaft und das Kollegium ist das Thema aktueller denn je.

Jule Barmwater

■ **Paderborn-Schloß Neuhaus.** „Wenn die AfD an die Macht käme, müsste ich echt überlegen, ob sich eine Ausbildung hier noch lohnt – die wollen mich dann doch so wieso weghaben.“ Betretenes Schweigen macht sich breit, als Hilal-Zeyneb Ari, Schülerin am Berufskolleg Schloß Neuhaus (BKS), diesen Satz ausspricht. Sie bezieht sich dabei auf die aktuellen Correctiv-Enthüllungen, die seit einigen Wochen diskutiert werden.

Im November hatten sich AfD-Mitglieder und Rechtsradikale in Potsdam getroffen, um unter anderem über die Möglichkeit der Vertreibung von Menschen mit Migrationshintergrund, zu beraten. Angst vor der Umsetzung solcher Pläne und einem politischen Rechtsruck haben am Berufskolleg in Schloß Neuhaus viele junge Menschen.

Weit mehr als die Hälfte der Schülerschaft habe eine Einwanderungsgeschichte, erklärt Schulleiter Matthias Groß. Deutschlehrerin Katja Werth berichtet von der entsetzten

Reaktion einer Klasse, als sie die Investigativrecherche im Unterricht besprechen wollte. „Aber dann wäre ja nur noch Markus hier“, hätten die Schülerinnen und Schüler gesagt. Schließlich entstand an der Schule die Projektwoche „15 Jahre: Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“.

Die Schüler wurden dabei bewusst in die Organisation miteinbezogen, erzählt Ralf Spitzbarth, Lehrer für Mathe und Sport. Bei der Projektwoche solle es auch um die eigenen, persönlichen Vorurteile gehen, sagt er. Diese habe schließlich jeder, fügt Katja Werth hinzu. „Vorurteile sind eine Möglichkeit für unser Gehirn, Dinge einfacher zu verarbeiten. Es liegt aber auch an uns, diese regelmäßig zu reflektieren“, erklärt Werth. Die Methode zeige Wirkung. „Mir war gar nicht bewusst, wie viele Vorurteile, ich selbst habe“, erzählt Mimoza Abdollahu und das, obwohl sie selbst schon von Diskriminierung betroffen war.

Die Schülerin der Höheren Handelsschule, deren Eltern aus dem Kosovo stammen, hat

te an ihrer ehemaligen Schule mit einigen Mitschülern und Mobbing zu kämpfen. Der einzige Kommentar ihres damaligen Lehrers sei dazu gewesen: „Ich weiß, dass da, wo du herkommst, der letzte europäische Krieg war, und ich will nicht, dass du den Krieg hierher holst.“

Alltagsrassismus weit verbreitet

Sie ist nicht die einzige Schülerin mit solchen oder ähnlichen Erfahrungen. Einige berichten von Vorfällen auf dem

Weg zur Schule, abfälligen Kopftuch-Bemerkungen oder rassistischen Witzen.

Am Berufskolleg halte die Schülerschaft eng zusammen. Das große Problem sei aber, dass außerhalb der Schule viele wegschauen würden, so die Erfahrung der Schüler. Zeinab Afshar, die gerade auf ihr Fachabitur hinarbeitet, wünscht sich von Nichtbetroffenen deshalb mehr Zivilcourage. Oft sei es aber auch schwierig, Rassismus so klar zu benennen. „Viele Kommentare sind unterschwellig diskriminierend“, erzählt Özcan Selim-Oglou.

Mitschüler Nils Münsterteicher stimmt ihm zu: „Ich komme vom Dorf, da ist der Ton oft schroffer“, erzählt er. Kommentare gingen immer mal wieder zu weit. Da sei es wichtig, das Fehlverhalten anzusprechen und trotzdem weiterhin den Dialog mit Andersdenkenden zu suchen, sagt Schülersprecher Jan Brauner. „Vielleicht kann man sie dann sogar mit Gegenargumenten überzeugen“, hofft Petrus Önder.

Zum Beispiel mit dem Argument, dass eine rechtsradikale Regierung auch enorme Folgen für die deutsche Wirtschaft hätte. Schulleiter Matthias Groß bestätigt das: „Wenn solche Pläne, wie bei Correctiv beschrieben, umgesetzt würden, dann wäre das für den Wirtschaftsstandort Deutschland eine Katastrophe.“ Die Absolventen des Berufskollegs bringen alle Voraussetzungen für den deutschen Arbeitsmarkt mit, betont er. Lehrer und Schüler sind sich einig: Es braucht vor allem Bildung, um Rassismus und Diskriminierung nachhaltig etwas entgegenzusetzen.



Stolz auf ihre Zusammenarbeit sind Schulleiter Matthias Groß (v.l.), Katja Werth, Schülersprecher Jan Brauner, Lucia Brunel Miceli, Maja Wessel und Ralf Spitzbarth.

Im Prozess um Millionenbetrug spricht ein Zeuge Klartext

Der ehemalige Oberstaatsanwalt Ralf Günther berichtet im Verfahren gegen Edgar K. von den Ermittlungen.

Jutta Steinmetz

■ **Paderborn.** „Das war von vornherein ein totes Pferd“, lässt es der einzige Zeuge, der an diesem 30. Verhandlungstag vor der 8. Großen Strafkammer des Paderborner Landgerichts vernommen wird, nicht an Deutlichkeit fehlen. Ralf Günther hat bis zu seiner Pensionierung im Herbst vergangenen Jahres die Ermittlungen gegen Edgar K. und seine vier ehemaligen Mitarbeiter geleitet, die verantwortlich dafür sein sollen, dass zahlreiche Anleger ihre Ersparnisse verloren. Er soll nun Einblicke gewähren, wie das Verfahren seinen Anfang und Fortgang nahm.

„Für mich war früh klar, dass es zu einer Anklage kommen wird“, sagt der ehemalige Oberstaatsanwalt von der Bielefelder Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Wirtschaftskriminalität. Nur zu gut erinnert er sich an die ersten Durchsuchungen in den Geschäftsräumen von Edgar K. und später in der Kasseler Steuerbera-

tungskanzlei, auf deren Dienste der Unternehmer schon jahrelang zurückgegriffen hatte.

Nach und nach habe sich das „Bild verdichtet“, dass für Kundengelder zwar sichere Anlagen in Aussicht gestellt und versprochen wurden, aber letztlich ganz anders agiert wurde. Mehr als fünf Millionen Euro seien nicht sicher investiert, sondern in das „Wirtschaftsforum“ des Edgar K. gesteckt worden, sagt Ralf Günther und spricht etwas später von einem „Schneeballsystem“.

Das Unternehmen sei von Anfang an marode gewesen, fasst er seine dank beschlagnahmter Unterlagen gewonnenen Erkenntnisse zusammen. 2005 habe der Paderborner seine diversen Firmen zum „Wirtschaftsforum“ verschmolzen und damit auf dem Papier aus einer „50.000-Euro-GmbH“ eine „1,8-Millionen-Euro-Gesellschaft“ gemacht. „Das macht einen guten Eindruck“, sagt der ehemalige Staatsanwalt. „Aber das Geld war nicht da.“

Auch nicht da waren augenscheinlich die Immobilien, in denen das Geld zahlreicher Kunden sicher angelegt werden sollte. Lediglich den Ankauf des Gebäudes an der Detmolder Straße konnten die Ermittler in den Unternehmensunterlagen nachvollziehen. Dort hatte vor allem die Unternehmung des Edgar K. ihren Sitz – augenscheinlich ohne einen Mietzins zu zahlen.

Eine Frage brennt der 8. Großen Strafkammer zum guten Schluss noch auf der Seele: Warum, wollen die Richter unter dem Vorsitz von Anne Zacharias wissen, sitzen denn mit Philipp P. und Wolfgang W. ausgerechnet diese beiden Mitarbeiter auf der Anklagebank? Für den ehemaligen Oberstaatsanwalt liegt die Antwort auf der Hand. Nur gegen diese beiden hätten Anleger Anzeige erstattet, sagt Günther.

Ihm wiegt zudem schwer, dass Wolfgang W. auch innerhalb seiner eigenen Familie das Anlageprodukt „Safeguard“ verkauft hatte, die Verträge aber irgendwann im Na-

men seiner Verwandten kündigte. Zu diesem Zeitpunkt habe W. wohl Bescheid gewusst, was es mit dieser Anlage tatsächlich auf sich hatte, vermutet Ralf Günther. Trotzdem habe der Angeklagte „Safeguard“ an andere Kunden weiterhin verkauft.

Dass der 61-Jährige völlig ahnungslos war und nichts über den Zustand des Unternehmens wusste, für das schon seit 2012 kein Jahresabschluss mehr erstellt worden war, kann er nicht glauben. Schließlich sei Wolfgang W. ein ausgebildeter Bankkaufmann. „Mir fehlt es an der Fantasie, dass jemand, der bei einer Bank gearbeitet hat, nicht nach den Jahresabschlüssen geschaut hat.“

Bestens Bescheid gewusst über die Unternehmungen des Edgar K. hat nach Ansicht des ehemaligen Strafverfolgers der Angeklagte Philipp P. Zwischen diesem und Edgar K. „gibt es eine sehr enge Bindung“, sagt Ralf Günther. Von Beginn an sei der 47-Jährige dabei gewesen, sei als „überzeug-

gender Verkäufer“ bei den Kunden im Einsatz, wenn es um viel Geld ging. „Wenn es irgendwo brannte, war er der Mann, den man dahin schickte.“ Günther ist sicher, dass Edgar K. zu Philipp P. ein ganz besonderes Vertrauen hatte und dass beide auf Augenhöhe waren.

Als nach fast zweieinhalb Stunden die Vernehmung des Zeugen beendet ist, kündigt Edgar K.s Verteidiger Matthias Cramer an, dass er der Verwertung der gerade gehörten Aussage widersprechen wird. Vor allem bei der Durchsichtung der Kanzlei des Kasseler Steuerberaters sei in rechtlich unzulässiger Weise vorgegangen worden. Es seien Akten und Dateien mitgenommen worden, für deren Sicherstellung damals keine Erlaubnis vorgelegen habe, sagt Cramer.

Trotz dieser Reibungspunkte soll nach Anregung des Gerichts am Freitag, 2. Februar, ein sogenanntes Rechtsgespräch unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden.